

In: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert;
Hannemann, Christine; Petrowsky Werner; Pohlan,
Jörg (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/2005.
Schwerpunkt: Schrumpfende Städte. Wiesbaden:
VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-15.

Editorial

„Die innerstädtischen Baulücken werden zu Obst-, Gemüse- und Blumengärten, die verwaisten Industriegelände zu Weihnachtsbaum- oder Bauholzplantagen, zu Gehegen für Haustiere oder Wild, die Baugruben der Investitionsruinen zu Karpenteichen, die leerstehenden Plattenbauten zu Gewächshäusern oder Pilzfarmen.“ (Touché/anschlaege.de 2005: 44) Das Ganze ist ein sehr ernst gemeinter Vorschlag - der zurzeit umgesetzt wird - für die Nutzung leer stehender Plattenbauten. Konkretisiert wird dieses Konzept in der regelrecht deökonomisierten Stadt Gera in Thüringen. Gera kann als exemplarisch für das typische ostdeutsche Wendschicksal gelten (vgl. Hannemann 2003): Zu DDR-Zeiten von einer normalen deutschen Industriestadt zur sozialistischen Großstadt, also Bezirks- und Industriestadt, aufgeblasen mit Neubaustadtteilen für die Belegschaften von VEB und Kombinat, Maschinenbau- und Textilindustrie. Uranbergbau und Elektrotechnik/Elektronik vervollständigten die Wirtschaftsstruktur (vgl. Göschel 1984: 148f.), die das Selbstbild bis weit nach der Wende prägen sollte: Gera die führende und prosperierende Stadt in Ostthüringen. Heute ist diese Struktur eliminiert. Gera verlor den Status als „Bezirkshauptstadt“ und von der Industrie sind lediglich Rudimente erhalten. Die Stadt leidet unter einer geringen Erwerbsquote, beständiger Abwanderung, demografischer Alterung. Die Schärfe der Problematik zeigt sich an den sinkenden Einwohnerzahlen: 1990 hatte die Stadt 130.000 Einwohner, heute sind es trotz vieler Eingemeindungen nur noch 105.493 (Gera 2004). Gleiches oder Ähnliches muss für die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Städte und auch von altindustriell geprägten Städten Westdeutschlands – bspw. Bremerhaven, Gelsenkirchen, Völklingen und Selb – konstatiert werden.

Stadtentwicklung ist heute durch Wachstum und Schrumpfung, durch dynamische Innovationen und Innovationsblockaden, durch Integration und Exklusion, durch zentrifugale und zentripetale Kräfte gekennzeichnet. Es zeigen sich sehr deutliche Differenzen und zum Teil auch Polarisierungsprozesse zwischen wachsenden westdeutschen und schrumpfenden ostdeutschen Großstädten, zwischen schrumpfenden Industriestädten im Ruhrgebiet oder im Saarland und dynamischen Dienstleistungsmetropolen wie München, Köln oder Hamburg. Entsprechend polarisierte Entwicklungsmuster gibt es nach wie vor zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden oder zwischen schrumpfenden Kleinstädten

in peripheren Regionen und expandierenden Kleinstädten in den großen Verdichtungsräumen. Während es für die Steuerung von Stadtwachstum ein mehr oder weniger ausgefeiltes Instrumentarium gibt, wird angesichts des relativ neu wahrgenommenen Phänomens der Schrumpfung um gesellschaftliche und planerische Bewältigungsstrategien gerungen. Eine Entwicklung, die zwar historisch „schon immer“ auf Städte und Region zutraf, aber erst seit kurzem politisch und wissenschaftlich nicht mehr ignoriert wird: „Die neue Herausforderung heißt Umgang mit Schrumpfung“ (BMVBW 2000: 66), so der Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“, erarbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im November 2000. Und erst seit diesem Zeitpunkt werden nunmehr Möglichkeit und Notwendigkeit urbaner Rückbildungsprozesse diskutiert. Im Falle Ostdeutschland konzentriert sich die Debatte um „schrumpfende Städte“ auf der politischen Ebene aktuell auf das von der Bundesregierung aufgelegte Programm „Stadtumbau-Ost“, in dessen Kontext von 262 Städten integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung der Förderung von Rückbau und Abriss erarbeitet wurden. Das Programm ist wesentlich auf wohnungswirtschaftlichen Druck entstanden. Der Diskurs dazu folgt – stark vereinfacht – der Formel: Bevölkerungsrückgang = Leerstand = „Platte“ = Rückbau (Abriss). Durch seine Ausrichtung auf integrierte Stadtentwicklungskonzepte werden städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Belange auf das Engste miteinander verknüpft. Dies könnte zu einem für Deutschland neuen Niveau der Durchdringung von Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft führen. Die Brisanz der städtischen Schrumpfungprozesse evokierte Anfang 2002 die politisch-administrative Ausweitung des Problemfeldes auch auf die alten Länder. Die Mittel der Städtebauförderung wurden neu strukturiert, sodass erstmals auch Förderungen für den „Stadtumbau-West“, hier für 11 ausgewählte Städte, zur Verfügung stehen. Die Bund-Länder-Programme Stadtumbau Ost und West sind somit ein erster Versuch, die anspruchsvolle gesellschaftliche Aufgabe der Gestaltung von Schrumpfungprozessen zu instrumentieren.

Neben diesen Programmen gibt es weitere Projekte, die sich dieser neuen Dimension von Stadtentwicklung widmen. Für den kulturell-gesellschaftlichen Diskurs ist hier das Projekt „Shrinking Cities“ der Bundeskulturstiftung zu nennen, das als Erstes im Programm „Kunst und Stadt“ initiiert wurde. In diesem Kontext wird über die Bewältigung von Wohnungsleerstand als wohnungswirtschaftlichem Problem hinaus, die kulturelle Dimension des Schrumpfens erforscht, um „innovative Modelle oder gar Visionen für den Umgang mit schrumpfenden Städten zu entwickeln“ (Völckers/Farenholtz 2004: 10).

Reagrarisierung – durchaus inspiriert von den einst versprochenen blühenden Landschaften – lautet die Grundidee einer der siegreichen Wettbewerbsbei-

träge, der im Rahmen des Projektes „Shrinking Cities“ die Jury des internationalen Ideenwettbewerbs „Schrumpfende Städte – Die Stadt neu denken / Shrinking Cities – Reinventing Urbanism“ im Oktober 2004 überzeugen konnte. Auch die anderen Preisträger der 312 ursprünglichen Wettbewerbsvorschläge – z.B. vorstädtische Reihenhäuser in der Downtown von Detroit oder als Kuhweiden genutzte innerstädtische Brachflächen (der Kuhmist wäre dann nützlich als Grillbrikett) (vgl. archplus 2005) – versuchen im Wesentlichen durch unkonventionelle und paradoxe Interventionen Lösungen für ein Problem zu entwickeln, das, so die Jury in ihrer Erklärung zur Preisbegründung, das Denken und Wissen über Stadtentwicklung prinzipiell verändert: „Der gegenwärtige internationale Prozess des Schrumpfens der Städte stellt radikal die Geschäftsgrundlagen der traditionellen Disziplinen der Raumgestaltung, Architektur und Stadtplanung in Frage.“ (Jury 2004) Die Präferenz der Jury für paradoxe Radikalität lässt sich nur vor dem Hintergrund dieses paradigmatischen Statements erklären. Welche konkret empirische Handlungsrealität solche Konzepte haben – Pilze, Kühe, Vögel statt Arbeitsplätze – muss natürlich offen bleiben. Wichtig ist, dass hier eine Diskursebene eingeschlagen wird, die weit über politisch-administrative Programmatiken des „Stadtumbaus“ hinausgeht. In diesem Sinne erfolgte die Einwerbung der Schwerpunkttexte für dieses Jahrbuch: Nicht Stadtumbau und Plattenabriss bestimmen die Inhalte, sondern übergreifende Analysen zur Problematik „schrumpfender Städte“.

So publizieren *Jörg Pohlan* und *Jürgen Wixforth* in diesem Jahrbuch einen Aufsatz, der den kombinierten Einfluss demografischer und sozioökonomischer Entwicklungsdynamiken auf die Finanzlagen der kreisfreien Städte untersucht. Sie zeigen, dass die fiskalische Situation für die Städte und Gemeinden besonders dann problematisch wird, wenn neben der absoluten Schrumpfung der Bevölkerungszahl noch weitere strukturelle Benachteiligungen hinzutreten: Durch kumulierte Effekte von Bevölkerungsverlusten, Überalterung der Bevölkerung, Beschäftigungsrückgang, Arbeitslosigkeit und geringer Wirtschaftsdynamik entsteht ein fast unaufbrechbarer „Circulus vitiosus“. In diesem „Teufelskreis“ spielen die finanziellen Haushaltslagen eine zentrale Rolle, da durch die genannten Entwicklungen und ein auf Wachstum ausgelegtes (Gemeinde-)Finanzsystem die Finanzkraft der Städte und Gemeinden in dem Maße geschwächt wird, in dem sie der Gelder zur Gegensteuerung besonders bedürften. Die Ergebnisse verweisen – wieder einmal – auf den akuten Reformbedarf des Gemeindefinanzsystems.

Der Stadtplaner und Historiker *Carsten Benke* zeigt in seinem Beitrag welche „Normalität“ Schrumpfungsprozesse im der Genese des europäischen Städtensystems hatten. Dieser Pfad von Stadtentwicklung lässt sich sowohl in allgemeinen Krisensituationen als auch in Phasen der demographischen Expansion

wie der Industrialisierung verfolgen. Urbane Schrumpfungen wurden historisch durch politische Krisen, wirtschaftliche Umbrüche, Katastrophen und die Abkoppelung von Modernisierungsvorgängen ausgelöst. Die Folgen der Schrumpfungsprozesse beschränkten sich nicht auf den Einwohnerrückgang, sie veränderten auch die bauliche Gestalt, die kulturelle und wirtschaftliche Differenziertheit und die Stellung der Stadt im Städtesystem. Allerdings blieb der Untergang einer Stadt auch bei sehr langfristigen Schrumpfungsprozessen eine große Ausnahme. Zivile Wüstungsprozesse von Städten sind bisher unbekannt. In der Regel konnten die Stadtgesellschaften auf die Krisen durch lokale Initiativen reagieren, indem tradierte Potenziale wieder belebt wurden oder eine neue Spezialisierung im Städtesystem gefunden wurde. In Unterschied zur jetzigen Situation, wie z.B. in Ostdeutschland, betraf das Schrumpfen einzelner Städte nicht eine großflächige Region. In regionaler Nähe entstanden häufig prosperierende Städte auf deren Bedarfe sich die prekären Städte einstellten und als Provinz bzw. kleinstädtisches Hinterland eine neue Rolle – wenn auch in Abhängigkeit von den industriellen „Hauptstädten“ – gewinnen konnten. Wichtig waren hierbei aber auch externe Impulse durch Zuwanderungen und staatliche Förderung. Subventionierung erscheint selbst aus historischer Perspektive unumgänglich, wenn das Überleben von „überflüssigen Städten“ (Kil 2001) auch nur annähernd gesichert werden soll.

Der Beitrag von *Birgit Glock* widmet sich einem weiteren, in der bisherigen Diskussion zur Schrumpfung und zum Stadtumbau sehr wenig erforschten Themenfeld: Der Politik von schrumpfenden Städten. Auf der Basis einer empirischen Analyse in Duisburg und Leipzig untersucht sie, wie die Städte auf den Wechsel von Wachstum auf Schrumpfung in der Stadtentwicklung reagieren. Beide Städte haben, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und durch verschiedene Ursachen bedingt, Einwohner und Arbeitsplätze verloren. Es wird gezeigt, dass für den unterschiedlichen Umgang mit städtischen Schrumpfungsprozessen nicht nur die in den Städten vorgefundenen spezifischen Akteurskonstellationen ausschlaggebend sind, sondern ebenso die unterschiedlichen Handlungsorientierungen der Akteure.

Schrumpfungsprozesse haben für die betroffenen Städte weit reichende Folgen, die auf der Ebene der Quartiere die Lebenswirklichkeit der Bewohner verändern. In diesem Kontext untersucht *Bettina Schlomka* am Beispiel Halles Potentiale von Wohnungsbaugenossenschaften, Entwicklungen, die einem "Bottom-Up-Ansatz" folgen, anzustoßen und/oder zu unterstützen. Die Voraussetzungen für ein Einwirken der Wohnungsbaugenossenschaften auf die Entwicklungen in den Quartieren bilden sich zum einen über ihre wirtschaftliche Stabilität und zum anderen über ein modifiziertes Selbstverständnis ihrer Rolle in der Stadt- und Quartiersentwicklung. Wohnungsbaugenossenschaften als kompetente

Partner in der Stadt- und Quartiersentwicklung zu begreifen, biete der Stadtplanung in schrumpfenden Städten, so Schlomka, eine Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten.

Der fünfte Beitrag zum Schwerpunktthema, den *Karina Pallagst* und *Thorsten Wiechmann* erarbeitet haben, behandelt Schrumpfungsprozesse in den USA. Aufgrund des gesamtstaatlichen Wachstums konzentriert sich, so die Darstellung der Autoren, die US-amerikanische Stadtplanung auf die Steuerung einer expansiven urbanen Entwicklung. Das Planungsparadigma der neunziger Jahre lautet „Wachstum“, wenn auch ökologisch modifiziert als „Growing Smart“. Das besondere Problem schrumpfender Städte wird dagegen von der amerikanischen Planungsdebatte nicht beachtet, obwohl in den USA in den 1990er Jahren 117 von insgesamt 922 Stadtregionen Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten. Der Beitrag diskutiert vor diesem Hintergrund urbane Entwicklungsansätze in schrumpfenden US-amerikanischen Städten an den Beispielen Pittsburgh, St. Louis, Youngstown und Michigans „Cool Cities“-Initiative. In ihren Schlussfolgerungen entwickeln die Autoren eine Perspektive die die „Growing Smart“-Bewegung mit der Problematik schrumpfender Städte verknüpft.

In der Rubrik Analysen und Kommentare finden sich in diesem Jahrbuch drei Beiträge: *Karl-Heinz Reuband* stellt Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in vier Duisburger Stadtteilen unter dem Titel „Lebenslagen und Sozialkapital in sozial deprivierten Stadtteilen“ vor. Untersucht werden vier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen auf der Basis repräsentativer Bevölkerungsumfragen. Die Mehrheit der Probanden lebe zwar gern in ihrer Stadt. Im Vergleich zu einer Befragung unter Düsseldorfern Einwohnern und anderen Erhebungen sei das Ausmaß an lokaler Identifikation jedoch in den vier Stadtteilen überall weniger intensiv ausgeprägt. Eine soziale Isolation der Befragten oder ein geringes Sozialkapital, gemessen an der Zahl sozialer Beziehungen, könne für die vier untersuchten Stadtteile nicht gesprochen werden. Soziale Unterprivilegierung, so Reuband, geht mit geringem Sozialkapital nicht notwendigerweise einher.

Der zweite Beitrag, der von *Ingo Siebert* erarbeitet wurde, thematisiert – leider hochaktuell – die zunehmende räumliche Verortung von rechtsextremen Kräften in Ostdeutschland. Rechtsextremismus in ostdeutschen Städten und Gemeinden habe eine spezifische Entwicklung seit der Wiedervereinigung erfahren: Dieser sei im Unterschied zu Westdeutschland stärker kulturell und sozial-räumlich orientiert. In den 1990er Jahren haben sich die Strategien der organisierten Rechtsextremisten „modernisiert“ und es gäbe Anhaltspunkte für die Herausbildung von Orten, an denen sich rechtsextreme Einstellungen, Verhaltensweisen und Organisationsstrukturen konzentrieren und eine demokratische Stadtkultur beeinträchtigen. An diesen Orten entstehen, so Siebert, Nachbarschaften, die rechtsextreme Organisationsformen und rechtsextrem orientierte

Jugendkulturen mit spezifischen Raumanewinnungspraxen verknüpfen. Gleichzeitig sei das Klima der sozialen Beziehungen in diesen Nachbarschaften vielfach durch Muster rassistischer Alltagsdeutung geprägt. Reaktionen kommunaler Akteure auf diese Entwicklungen wären bisher häufig auf Verdrängung, indirekte Begünstigung oder pädagogischen Aktionismus beschränkt. Andere Strategien lokaler Akteure dagegen betrachten Rechtsextremismus als Angriff auf die demokratische Stadtkultur und nehmen die gesamte Kommune zum Ausgangspunkt ihrer Gegenstrategien. Eine nachhaltige Stärkung von demokratischen Potentialen, so die Schlussfolgerung, könne nicht durch viele punktuelle und voneinander losgelöste Einzelaktivitäten erreicht werden, sondern verlange langfristig angelegte, integrierte lokale Handlungskonzepte. Die Erstellung von lokalen Aktionsplänen habe sich hier als ein hilfreiches Instrument herausgestellt.

Ein Kommentar von *Norbert Gestring* setzt sich kritisch mit der Debatte über Parallelgesellschaften auseinander, die nach der Ermordung Theo van Goghs in Amsterdam im Feuilleton überregionaler Zeitungen begann. Gestring formuliert hier erstens seine Kritik an der Auffassung, dass Pluralisierung Grundlagen urbaner Lebensweise in Frage stelle. Zweitens zeigt er, dass die Kritik an der institutionellen Vollständigkeit einer ethnischen Gemeinde verkennt, inwiefern diese institutionelle Vollständigkeit die Integration von Einwanderern erleichtern kann.

Wie jedes Jahrbuch, das ab dieser Ausgabe zweijährlich publiziert wird und ab dieser Nummer beim Verlag für Sozialwissenschaften erscheint, vervollständigen die Rubriken *Rezensionen* und *Dokumentation und Statistik* den Band.

Diesmal finden sich, auch geschuldet dem neuen zweijährigen Erscheinungsrhythmus, in der Rubrik *Rezensionen* 11 besprochene Neuerscheinungen aus allen Feldern der Stadtforschung, die 2003 und 2004 erschienen sind. Als Kriterien für die Auswahl der besprochenen Publikationen waren folgende Aspekte ausschlaggebend: Zum einen sollte es sich um Titel mit aktuellem Erscheinungsjahr handeln, und zum zweiten sollte der Blick auf das Spektrum der Stadt- und Regionalforschung sich nicht nur auf den deutschsprachigen Raum beschränken. Da die Rubrik *Rezensionen* ein wichtiger Serviceteil des Jahrbuches ist, sind Vorschläge für zu besprechende Bücher wie auch Angebote, Besprechungen zu übernehmen, bei der Redaktion hoch willkommen. Für das nächste Jahrbuch kämen hierzu Publikationen von 2005 bis 2007 in Frage.

Die Rubrik *Dokumentation und Statistik* enthält „wie immer“ das „Monitoring der Städte und Regionen“, welches verdienstvoller Weise wieder von *Jörg Pohlen* erarbeitet wurde. Es behandelt diesmal die Entwicklung von Landkreisen und kreisfreien Städten in fünf ausgewählten Themenbereichen: Bevölkerung (hier auch Prognosen bis 2020), Flächen- und Siedlungsentwicklung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft sowie Finan-

zen. Seit Mitte der 1990er Jahre, so das Ergebnis der detaillierten Untersuchung, ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Zunahme der Ost-West-Disparitäten sowie eine tendenzielle Zunahme des Süd-Nord-Gefälles zu konstatieren. Generell zeigen sich die größten Probleme und Herausforderungen in den Kernstädten der Stadtregionen, vor allem in den jungen Bundesländern. Viele dieser Städte sind gekennzeichnet durch zum Teil gravierende Bevölkerungsverluste, eine zunehmende Alterung der Bevölkerung, hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere auch der Langzeitarbeitslosigkeit) und eine hohe Konzentration von Bevölkerung, die auf Sozialhilfe angewiesen ist. Allerdings seien, so Pohlan, für den Untersuchungszeitraum verschiedene Trendbrüche bei der Bevölkerungs- und Beschäftigtendynamik zu Gunsten der Kernstädte und zu Ungunsten der Randkreise zu beobachten.

Das Jahrbuch bietet somit nicht nur Aufsätze zu hochaktuellen Themen, sondern auch den Service einer komprimierten Zusammenfassung wichtiger räumlicher Entwicklungstrends in Deutschland. Alle, die die Mühe kennen, solche Daten zu recherchieren und zusammenzuführen, werden dies sehr zu schätzen wissen.

Für die Redaktion, Christine Hannemann

Literatur

- archplus (2005): Zeitschrift für Architektur und Städtebau Nr. 173. Shrinking Cities – Reinventing Urbanism.
- BMVBW (2000): Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern. Berlin.
- Gera (2004): Webseite der Stadt Gera. Rubrik: Meine Stadt/Zahlen und Fakten. <http://www.gera.de/sixcms/detail.php/4963>: 11.7.2005.
- Göschel, Heinz (Hrsg.) (1984²): Städte und Wappen der Deutschen Demokratischen Republik. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut.
- Hannemann, Christine (2003): Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. In: APZG B28/2003, S. 16-23.
- Jury (2004): Erklärung der Jury zur Entscheidung des Wettbewerbs. http://www.shrinkingcities.com/index.php?id=227&type=98&L=&no_cache=1: 11.7.2005.
- Kil, Wolfgang (2001): Überflüssige Städte? Über den Leerstand in ostdeutschen Städten. In: db - deutsche bauzeitung H. 6, S. 58-63.
- Touché, Johannes; anschlaege.de (2005): Bau an! In: archplus 173: Shrinking cities Reinventing Urbanism, S. 44-47.

Völckers, Hortensia; Farenholtz Alexander (2004): Grußwort. In: Oswald, Philipp (Hg.):
Schrumpfende Städte, Band 1 – Internationale Untersuchungen. Ostfildern-Ruit:
Hatje Cantz, S. 10-11.